

Ralf-Uwe Beck

**Es ist Zeit, das zu klären: Bürgerbeteiligung und Finanzen
Eröffnungsvortrag Symposium am 23. Juni 2011 im Thüringer Landtag**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Ihnen im Namen der Fraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen richtig guten Tag wünschen.

Mein Name ist Ralf-Uwe Beck, ich vertrete das Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen, das sich mit seinen 20 Partnerorganisationen seit 12 Jahren für einen Ausbau der direkten Demokratie einsetzt. Die Fraktionen haben in Zusammenarbeit mit dem Bündnis diese Veranstaltung vorbereitet.

Wenn drei Fraktionen veranstalten, müssten auch drei begrüßen. Dieser Versuchung haben die Fraktionen widerstanden und mir aufgetragen, Sie mit dem Programm vertraut zu machen. Daran sehen Sie, welch aufgeklärten Abstand die Fraktionen zu sich selbst haben können.

Das hat seinen Preis und geht auf Kosten der protokollarischen Gepflogenheiten. Ich bin ganz ungeeignet, alle Honoratioren namentlich und in richtiger Reihenfolge zu begrüßen. Zumal ich die Honoratioren auch unter denen sehe, die sich über ein Jahrzehnt in diesem Freistaat und damit für diesen Freistaat in Sachen Demokratieentwicklung engagieren. Ich wüsste zwar noch, wo anfangen, nicht aber, wo aufhören.

Wir wollen heute nachdenken über die Demokratie und wie sie zu gestalten ist. Das ist eine der vornehmsten Aufgaben, denen wir uns als Bürgerinnen und Bürger stellen können. Das macht uns nicht gleich, aber dieses Interesse *vereint* uns für einen Moment in diesem Saal, ob Mandatsträger, Regierungsmitglied oder Teilnehmer.

Deshalb erlaube ich mir, den protokollarischen Teil einzukürzen:

Liebe Bürgerinnen und Bürger allesamt, ich heiße Sie herzlich willkommen.

Anfang Mai d.J. haben auf eine Forsa-Umfrage, bei der es regelmäßig die völlig offene Frage gibt: „Was ist das drängendste Problem?“ 35 % geantwortet: Unzufriedenheit mit Politik und Parteien. Nie ist bei diesen Forsa-Umfragen ein größerer Vertrauensverlust in die offizielle Politik offenbar geworden. 79 % fühlen ihre Interessen, das hat eine Umfrage davor ergeben, von der offiziellen Politik nicht ausreichend vertreten.

Ich denke nicht, dass die parlamentarische Demokratie in einem ärgeren Zustand ist als vor zehn Jahren. – Schauen Sie doch nur die Runde der Veranstalter für diesen Tag an. Es gibt auf dieser Erde nicht viele Veranstaltungen, die sowohl von einer regierungstragenden Fraktion und von Oppositionsfraktionen gemeinsam organisiert werden.

Dass Volksvertreter mitunter zuallererst einmal die Interessen ihrer Partei vertreten, um die eigene Laufzeit zu verlängern, nicht einmal das spricht gegen die parlamentarische Demokratie. Man muss nur die Anfälligkeit klar sehen.

Nein, ich denke diese erschreckenden Umfragewerte haben noch einen anderen Hintergrund. Immer mehr Menschen entdecken ihr Bürgersein, sie üben sich im aufrechten Gang. Nicht nur auf Bahnhofsvorplätzen. Was wir erleben ist der Aufbruch aus der selbstverordneten Machtlosigkeit. Immer mehr Menschen wollen mitreden, wollen gefragt und informiert werden, wollen sich auch ungefragt einmischen – und wollen, wenn es um Schicksalsfragen geht, auch selbst entscheiden. Dabei wollen sie nicht vorgesetzt bekommen, was sie als Schicksalsfragen jetzt anzusehen haben, sondern sie wollen selbst festlegen, was aus ihrer Sicht wichtige Angelegenheiten sind.

Wie sagte Rousseau: „Wie schwach der Anteil auch sei, den meine Stimme an den öffentlichen Angelegenheiten haben kann, so gibt mir doch mein Stimmrecht ein Recht darauf, mich über sie zu unterrichten.“ – So beginnt die Arbeit an einem neuen Gesellschaftsvertrag. Denn umso mehr wir verstehen, was den Staat ausmacht, wer ihn eigentlich trägt, was wir damit zu tun haben, je mehr wir uns als das entdecken, was wir ja tatsächlich sind – nämlich der Souverän, von dem alle Staatsgewalt ausgeht und der die Zeche zahlt – umso kritischer werden die betrachtet, die beauftragt sind, das Volk zu vertreten.

Ich möchte herausfinden, was meine Stimme wert ist. Aber mich interessiert auch, was sie wert sein könnte. Ich bin gern bereit, in Wahlen Verantwortung anderen zu überantworten. Ich bin aber auch bereit, mich selbst einzubringen und selbst zu verantworten. Diese verantwortungsbereite Bürgergesinnung sehe ich im Wachsen; damit wird auch der Blick auf die repräsentative Demokratie kritischer.

Ich bin da ganz unaufgeregt, weil wir in Thüringen im Nachdenken darüber, wie die repräsentative Demokratie in der Nähe der Bürgerinnen und Bürger gehalten werden kann, recht fortgeschritten sind – jedenfalls im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Alle ostdeutschen Länder haben Anfang der 90er Jahre und damit von Anfang an die direkte Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie in den Landes- und Kommunalverfassungen angeboten. Damit war eine *Fleet in being* installiert. Eine Flotte, die im Hafen liegt, aber jederzeit „Leinen los“ machen kann. Das sorgt dafür, dass die repräsentative Demokratie nicht aus dem Ruder läuft (also nicht vergisst, wer eigentlich am Ruder sitzt).

Dass die direkte Demokratie, damit sie Wirkung entfalten kann, auch nutzbar sein muss, diese Erkenntnis hat etwas länger – und in Thüringen vor allem zwei Volksbegehren gebraucht. Bei allen Mühen, der Verfassung endlich zu ihrem Recht zu verhelfen, haben wir Jahre heftig um

dieses Missverständnis gerungen, die direkte Demokratie würde der repräsentativen etwas streitig machen und das Parlament entwerten, ihm Macht entziehen.

Sie erinnern sich ... an das Jahr 2000, als 387.469 Menschen das Volksbegehren für faire Volksbegehren unterschrieben haben. Und 2008 waren es 250.982, die mit ihrer Unterschrift eingetreten sind für faire Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

Viele Aufgeregtheiten haben sich gelegt, die Instrumente werden genutzt. Wir diskutieren längst nicht mehr, *ob* die direkte Demokratie eine sinnvolle Anreicherung der repräsentativen Demokratie ist, sondern viel mehr, *wie* sie gestaltet sein sollte. Dieses Gespräch, wie viel den Bürgern zuzutrauen ist und warum und warum nicht, geht weiter. Mit dem heutigen Tag. Die Demokratie muss eine Baustelle bleiben.

Bei den Kompromissverhandlungen hier im Landtag 2002 und 2003 war das Geld-Thema ausgespart. Jetzt können wir es uns unaufgeregt auf den Tisch ziehen. Es ist Zeit, das zu klären, das Verhältnis „Bürgerbeteiligung und Finanzen. Sind die Ideen der Bürger unbezahlbar?“

Drei Anstöße gibt es, warum wir es jetzt auf die Tagesordnung heben. Ich erwähne sie auch als Futter für das Podiumsgespräch nachher:

Stuttgart 21 hat die Diskussion angefacht, wie und wann die Bürger bei Großprojekten, bei großen Investitionen zu beteiligen sind. Während in Stuttgart Ausnahmezustand herrscht, wird am Gotthard-Tunnel gefeiert. Hier hat das Volk zweimal abgestimmt und vorher JA gesagt. Da ist Klärungsbedarf für die Bürgerbeteiligung in Deutschland.

Der zweite Anstoß ist, dass in Thüringen jedes Volksbegehren fürchten muss, vom Verfassungsgericht gestoppt zu werden, weil es finanzwirksam ist. Das Finanztabu für Volksbegehren ist hart. Wir haben das Instrument geschärft, die Hürden gesenkt. Das Finanztabu höhlt es aus. Muss beim Geld die Freundschaft wirklich aufhören, oder besser gesagt: die Menschenfreundlichkeit, was wir uns so zutrauen?

Und schließlich kommt indirekt Ermutigung für das Thema auch aus den Parlamenten und von den Parteien selbst. Offenbart sich mit den Diskussionen um die Schuldenbremse nicht auch, dass die Parlamentarier sich selbst nicht mehr über den Weg trauen? (Das ist menschlich, wir bringen unser Geld ja auch auf die Bank, um es vor uns selbst in Sicherheit zu bringen.) Sie fürchten, sie würden uns Bürgerinnen und Bürgern sonst jeden Gefallen tun und uns ein Zubrot nach dem anderen genehmigen – damit wir sie wieder wählen, oder? Wenn dem so ist, sollten wir vielleicht selbst mehr mitreden, wenn es ums Geld geht. Menschen, die in familia ihr Haus bestellen, denken als Haushalter in Generationen. Das könnte vielleicht der Gesellschaft insgesamt gut tun.

Den ersten Aufschlag – ganz grundsätzlich – macht uns Martin Bühler. „Finanzen, Bürger, Demokratie. Wie geht das zusammen?“ – das ist sein Thema vor dem Hintergrund der schweizerischen Erfahrungen. Martin Bühler ist seit 2005 Generalsekretär des Initiative and Referendum Institute Europe – kurz IRI – mit Sitz im Schweizerischen Bülach. Ziel des unabhängigen und unparteiischen IRI ist es, die repräsentative Demokratie zu fördern, indem die moderne direkte Demokratie gestärkt wird. Martin Bühler ist von Haus aus Pädagoge, seit 1991 freier Journalist und Kommunikations-Trainer. Er war Vorstandsmitglied der Initiative „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ und engagierte sich in der Bürgerbewegung für eine Europäische Verfassung. Er war sieben Jahre Mitglied des Gemeinderats in Bülach. Herr Bühler, wir freuen uns sehr, dass Sie hier sind.

Martin Bühler wird das Futter ausstreuen für die anschließende Podiumsdiskussion. Vorstellung der Podiumsteilnehmer: Christian Hirte (CDU), Dirk Bergner (FDP), Martina Renner (LINKE), Anja Siegesmund (B90/GRÜNE), Dorothea Marx (SPD). Moderieren wird die Runde Jan Bösche, Thüringer Landeskorrespondent für MDR Info. Vielen Dank, Herr Bösche.

Nach der Mittagspause kommen wir zu einem Thema, das große Hoffnungen auslöst – immer wieder und gehandelt wird wie ein Geheimitipp. Aber es ist auch von Zweifeln umstellt und von Befürchtungen, es könnte sich um Spielwiesen, nicht aber um echte Bürgerbeteiligung handeln. Auch wir im Bündnis für Mehr Demokratie sind eher verunsichert. Wie sieht es in Thüringen mit den Bürgerhaushalten aus? Drei werden uns vorgestellt – aus Erfurt von Stadträtin Kathrin Hoyer, aus Jena von Finanzdezernent Frank Jauch und aus Großbreitenbach von Seffen Janik, dem Beauftragten für den Bürgerhaushalt. Das wird spannend, weil sie so verschieden daherkommen. Vielen Dank, dass Sie uns ein Blitzlicht geben auf Ihre Bürgerhaushalte.

Wir waren unsicher, ob man das so machen kann: Erst drei Bürgerhaushalte vorstellen und dann kommt der Professor und sagt uns: „Wie Bürgerhaushalte gestaltet sein sollten, damit die Bürger wirklich Einfluss nehmen können?“ Andererseits stehen wir zu der Frage, die wir haben. Es sollen auch nicht die Thüringer Bürgerhaushalte im einzelnen benotet werden, sondern uns ist zu vermitteln, welchen Anforderungen sie zu genügen haben, was sie leisten können. Dieser Aufgabe stellt sich Prof. Norbert Kersting aus Münster. Schön, dass Sie sich haben nach Thüringen locken lassen.

Nach der Kaffeepause geht es ans Eingemachte: „Thüringer Regeln fürs Einmischen in finanzielle Angelegenheiten – in der Kommune und im Land“ – Es gibt einen, der Mehr Demokratie in Thüringen begleitet, seitdem wir die Arbeit aufgenommen haben und der dem Landtag als Sachverständiger schon oft auf die Sprünge geholfen hat. Er kennt uns gut und die Sache sowieso: Es ist schön, dass es heute ein Wiedersehen gibt mit Prof. Roland Geitmann aus Kehl.

Am Ende des Tages werden die einladenden Fraktionen auf den Punkt bringen, was zu tun ist, was wir von ihnen erwarten können. – Das wird gegen halb vier sein.

Ich werde weiter durch diesen Tag führen ...

Vielen Dank!